

(A) **Präsident:** Die Sitzung ist eröffnet
Ich bitte um Vortrag der Registrande.

(Nr. 566.) Antrag zum mündlichen Berichte der
Beschwerde- und Petitionsdeputation über

1. die Petition des Bundes der Hebammenvereine im
Königreiche Sachsen, Sitz Leipzig, die Zuziehung
von Hebammen bei allen Geburten betr.,
2. die Petition des Verbandes sächsischer Hebammen
in Leipzig, die Ausmittelung des notwendigen
Unterhaltes bez. Festsetzung eines Mindesteinkommens
für die im Königreiche Sachsen angestellten Heb-
ammen betr.,
3. die Petition des Emil Müller und Genossen in
Lausitz, die Aufhebung der Hebammen-Umgehungs-
gebühren in Lausitz betr.

(Nr. 567.) Desgleichen über die Petitionen des Säch-
sischen Staatsbeamtenbundes und des Sächsischen Landes-
verbandes des Bundes deutscher Militäranwärter um
Neuregelung des Beamtenrechts.

Präsident: Die beiden Anträge kommen zur Schluß-
beratung auf eine Tagesordnung.

(Nr. 568.) Protokollauszug der Ersten Kammer über
Kap. 31 des ordentlichen Staatshaushalts-Etats für
1912/13, Allgemeine Regierungs- und Verwaltungs-
angelegenheiten betr.

(B) **Präsident:** An die Finanzdeputation A zur anderweiten
Berichterstattung abzugeben.

(Nr. 569.) Desgleichen über Tit. 11 des außer-
ordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1912/13, Bier-
gleisigen Ausbau der Linie Bodenbach-Dresden zwischen
Pirna und Mügeln einschließlich der Herstellung eines
Industriegleises zwischen Pirna und Mügeln (erste Rate) betr.

(Nr. 570.) Desgleichen über Kap. 73 bis 80 des
Rechenschaftsberichts auf die Finanzperiode 1908/09,
Finanzministerium, Verwaltung der Staatsschulden, Großer
Garten, Forstakademie zu Tharandt, Bergakademie zu
Freiberg, Allgemeine Ausgaben für den Bergbau, Land-,
Landeskultur- und Alters-Rentenbank, Straßen- und Wasser-
bauverwaltung, Hochbauverwaltung betr.

(Nr. 571.) Desgleichen über die Petition des ehe-
maligen Bahnwärters Emil Otto Harzendorf in Klein-
raichütz, Bewilligung von Pension usw. betr.

(Nr. 572.) Desgleichen über die Petition des vor-
maligen Bureauassistenten bei der Königl. Landesanstalt
Golditz Emil Bilz um Gewährung der Unfallpension.

(Nr. 573.) Desgleichen über die Petition des Vor-
standes des Deutschen Bauernbundes im Königreiche
Sachsen e. V., Dresden, um Einführung von berufsmä-
ßigen Mäusevertilgern.

(Nr. 574.) Desgleichen über die Petition des Ernst
Wilhelm Zöllner in Ober-Ruppertsdorf, Entschädigungs-

ansprüche wegen Benutzung eines über sein Grundstück (O)
führenden nichtöffentlichen Weges durch Dritte betr.

Präsident: Diese sechs Protokollauszüge kommen zu
den Akten.

(Nr. 575.) Desgleichen über die Petition der städtischen
Kollegien zu Leipzig um Abänderung des Gesetzes vom
1. Februar 1909, die Fürsorgeerziehung betr.

Präsident: An die Beschwerde und Petitionsdepu-
tation abzugeben.

Wir treten in die Tagesordnung ein: 1. Inter-
pellation der Abgg. Friedrich, Dpiß und Genossen,
den Abbau des Kohlenunterirdischen unter dem
sogenannten Harthwalde bei Leipzig betreffend.
(Drucksache Nr. 108.)

Die Interpellation lautet:

„Beabsichtigt die Königl. Staatsregierung, in dem
in Staatsbesitz befindlichen sogenannten Harthwald bei
Leipzig das Kohlenunterirdische abzubauen, und be-
jahenden Falles, wie gedenkt sie diese Maßnahme
gegenüber der Bedeutung des Harthwaldes für Be-
bauungszwecke und gegenüber dessen gesundheitlichem
Werte für die dortige Umgebung zu rechtfertigen?“

Ich frage die Königl. Staatsregierung, ob sie bereit
ist, die Interpellation zu beantworten.

(Staatsminister v. Seydewitz: Ich bin bereit.) (D)

Die Königl. Staatsregierung ist bereit, die Interpellation
zu beantworten.

Ich gebe nun das Wort dem Herrn Abg. Dpiß zur
Begründung der Interpellation.

Abg. **Dpiß:** Meine Herren! Der Herr Staats-
minister des Innern hat aus Anlaß einer anderen
Interpellation — ich weiß im Augenblick nicht, welcher —
einmal die Bemerkung einfließen lassen, daß nach seiner
Auffassung in der Regel die in diesem Hause eingebrach-
ten Interpellationen den Zweck verfolgen, Maßnahmen
der Staatsregierung einer Kritik bez. selbst einer ab-
fälligen Kritik zu unterwerfen. Ich gebe zu, daß diese
Charakteristik der Ausübung unseres Interpellationsrechtes
im großen und ganzen zutreffend ist. Ich möchte aber
im vorliegenden Falle gleich erklären, daß, wenn ich auch
jene Regel sonst als eine richtige anerkenne, ich sie doch
nicht als anwendbar ansehen kann auf die Interpellation,
die von dem Herrn Abg. Friedrich und mir eingebracht
worden ist, indem es in der Tat nicht die bei dieser
Interpellation obwaltende Absicht gewesen ist, eine Kritik
bez. abfällige Kritik an staatlichen Maßnahmen hier zu
geben. Dies hat schon um deswillen unsere Absicht
nicht sein können, weil die betreffenden Maßnahmen
der Öffentlichkeit noch gar nicht in der Weise und in